

Fraktionsantrag

**Fraktion im Rat der Stadt
Mönchengladbach**

**Hauptausschuss
Rat**

**am 07.12.2022
am 14.12.2022**

Fraktionsgeschäftsstelle

Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach

Thema / Tagesordnungspunkt:

Verordnung zum Schutz freilebender Katzen
(Katzenschutzverordnung)

Telefon: 02166 9792249

Fax: 02166 9792248

E-Mail: fraktion@die-linke-mg.de

Internet: <http://www.linksfraktion-mg.de>

Beschlussentwurf:

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Rat beschließt gemäß § 13 b TierSchG und § 5 ZustVO Tierschutz NRW:

Die Verwaltung wird beauftragt nach Vorbild des Rhein-Erft-Kreises eine „Verordnung zum Schutz freilebender Katzen“ zu erstellen, diese soll schnellstmöglich, aber spätestens zum 1.7.2023 in Kraft treten. Besonders hat die Verordnung die folgenden Punkte zu enthalten:

- Es wird eine Registrierungs-, Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht für alle freilaufenden Katzen (sog. Freigänger) im Stadtgebiet eingeführt. Reine Hauskatzen ohne Freigang sind nicht betroffen.
- Tierhalter, die ihre Tiere nicht kastrieren, kennzeichnen und/oder registrieren lassen, müssen mit Bußgeldern bis zu 1.000 Euro rechnen.
- Die Registrierung muss bei den Melderegistern TASSO oder FINDEFIX erfolgen. Dabei ist eine Einwilligung für die Übermittlung der Tierdaten an die Stadt Mönchengladbach zu erteilen.
- Es soll geprüft werden, ob abweichend zum Rhein-Erft-Kreis die Kennzeichnung alleinig durch Mikrochip festgeschrieben werden kann. Ansonsten soll sie vorrangig durch Mikrochip und nur alternativ durch Ohrtätowierung erfolgen.
- Analog zur Mustervereinbarung des Rhein-Erft-Kreis werden Vereinbarungen mit kooperierenden Tierschutzvereinen geschlossen. Es erfolgt eine jährliche Überprüfung der Kostenerstattung.
- Es wird Informationsmaterial (Flyer, Plakate etc.) erstellt und über alle Verwaltungsstellen / Bürger*innenbüros verbreitet. Zusätzlich soll das Material im Stadtgebiet allen Tierärzt*innen und Geschäften die mit Tierbedarf handeln zur Verfügung gestellt werden.

Zur Umsetzung der „Verordnung zum Schutz freilebender Katzen“ wird im Stellenplan eine halbe Vollzeitstelle geschaffen und im Haushaltsplan 50.000,- Euro für Vereinbarungen und Informationsmaterial bereitgestellt.

Eine Evaluation findet nach zwei Jahren nach Inkrafttreten der Verordnung statt.

Anhänge:

„Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Rhein-Erft-Kreis“

Mustervereinbarung des Rhein-Erft-Kreis

Evaluation / Sachstand Rhein-Erft-Kreis

Vorwort zur Entstehung:

Im Jahr 2014 gab es bereits Versuche eine Katzenschutzverordnung auf den Weg zu bringen, diese scheiterten. Seit Sommer 2021 wandten sich verschiedene Tierschutzorganisationen an einzelne Vertreter*innen der Parteien und ab Herbst 2021 gab es erste Kontakte der Parteien untereinander zu

dem Thema. In 2022 gab es in Folge dessen zwei Treffen zwischen Verwaltung, Tierschutzvereinen und Politik um den Bedarf und die Umsetzbarkeit einer Katzenschutzverordnung zu diskutieren. Der hier vorliegende Antrag entspricht einem ersten Entwurf der Linken für einen gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen und der Gruppe. Es folgte kurz vor Ende der Einreichungsfrist ein Gegenentwurf aus den Reihen der Ampel-Fraktionen, der als Kompromiss von allen akzeptiert wurde. Dieser Kompromiss wurde jedoch nicht form- und/oder fristgerecht eingereicht. Versuche dies zu „heilen“ scheiterten. Die Vereine berichten jedoch von einer sich weiter drastisch verschlimmernden Situation und sie können die Lage nicht mehr ohne Unterstützung meistern. Deswegen sieht DIE LINKE einen Zeitdruck, der es nötig macht nicht auf weitere gemeinsame Vorstöße zu warten und eine Katzenschutzverordnung vom Rat auch ohne die Beteiligung der Ausschüsse zu verabschieden. DIE LINKE bleibt aber bis zur Beschlussfassung Gesprächs- und Kompromissbereit, hält aber den hier gestellten Antrag für die beste Lösung, basiert er doch auf den positiven Erfahrungen benachbarter Kreise.

Begründung:

Die Rechtsgrundlage zum Erlass der Katzenschutzverordnung ist §13 b Tierschutzgesetz. Die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen zum Schutz freilebender Katzen ist mit § 5 der Zuständigkeitsverordnung Tierschutz Nordrhein-Westfalen auf die Kreisordnungsbehörden übertragen worden. Im Rahmen der Treffen wurde die Datenlage ermittelt (Auszug):

- 782 Katzen wurden innerhalb eines Jahres im Stadtgebiet eingefangen.
- 4,8% dieser Tiere konnten einem*einer Halter*in zugeordnet werden.
- 611 Katzen wurden kastriert.
- ca. 1/3 der Katzen waren erheblich erkrankt (24%) oder sind verstorben (6,8%).

Die Voraussetzungen zum Erlass einer Katzenschutzverordnung für das Stadtgebiet liegen damit vor. Mit der angestrebten Katzenschutzverordnung sollen Schmerzen, Leiden oder Schäden freilebender Katzen durch geeignete Maßnahmen verringert werden.

Katzen vermehren sich schnell. Weibliche Tiere können zwei Würfe im Jahr mit jeweils bis zu sieben Welpen haben. Die freilebenden Katzen vermehren sich nicht nur untereinander, sondern kommen auch in Kontakt mit Freigängerkatzen aus menschlicher Obhut. Wenn diese nicht kastriert sind, tragen sie auch zur Vermehrung der wildlebenden Katzen bei und stecken sich zudem mit Krankheiten an.

Nach der Kastration ändert sich das Revierverhalten in der Regel deutlich. Es kommt zu weniger Revierkämpfen, so dass die Verletzungs- und Ansteckungsgefahr sinkt.

Die wildlebenden Katzen im Stadtgebiet leiden an Infektionskrankheiten, Parasiten, Verletzungen oder chronischen Erkrankungen. Diese lassen sich darauf zurückführen, dass die Anzahl freilebender Katzen zu groß ist und stetig anwächst, wodurch sich Krankheiten schneller verbreiten und Verletzungen durch Rankämpfe oder das Ausweichen in ungeeignete Gelände entstehen.

Die Kastration ist ein geeignetes Mittel die Zahl der Katzen, die wild leben, langfristig zu verkleinern und den wild lebenden Katzen dadurch ein besseres und gesünderes Leben zu ermöglichen. Dadurch sinkt auch die Gefahr, dass Krankheiten auf Katzen in menschlicher Obhut oder direkt auf Menschen übertragen werden könnten. Deswegen müssen zukünftig alle weiblichen und männlichen Katzen mit Freigang ab dem 5. Lebensmonat kastriert werden. Nur durch Kennzeichnung und Registrierung der Tiere kann die Kastration im Zweifelsfall überprüft und entlaufene Tiere ihrem*ihrer Halter*in zurückgegeben werden.

Bereits in der Vergangenheit wurden durch die Vereine Katzen zur Kastration eingefangen und anschließend wieder in die Freiheit entlassen. Dies führten bisher die Tierschutzvereine alleine und auf eigene Kosten durch.

Durch die Katzenschutzverordnung im Zusammenspiel mit der Mustervereinbarung werden die Vereine künftig das zuständige Kreisveterinäramt unterstützen. Sie werden berechtigt, freilebende bzw. freilaufende Katzen zu fangen und vorübergehend in Obhut zu nehmen, um sie kastrieren und kennzeichnen zu lassen. Zudem erhalten sie Unterstützung durch die Verwaltung, wenn zum Einfangen wilder Katzen z.B. private Grundstücke betreten werden müssen. Gleichzeitig erhalten die Vereine durch die Kooperation mehr Rechtssicherheit und finanzielle Unterstützung für ihre Tätigkeit. Weiter ist zu erwarten, dass die bloße Existenz einer Katzenschutzverordnung viele Halter*innen freiwillig zur Kastration ihrer Katze bringt und die Überzeugungsarbeit der Tierärzt*innen erleichtert.

Gerade jetzt scheint eine Katzenschutzverordnung dringend geboten, denn die Kosten für einen Tierarztbesuch sind erstmals seit 20 Jahren durch eine Änderung der Gebührenordnung seit November massiv angestiegen. Gleichzeitig werden private Haushalte durch die Inflation massiv belastet. Schon jetzt sind durch Corona die Zahlen der Ausgesetzten Tiere stark angestiegen. Es ist zu befürchten, dass dieser dieser Trend nun noch weiter verstärkt. Deswegen sind regulierende Maßnahmen jetzt angebracht.

Es ist zu beachten, dass es sich bei den durch die Satzung betroffenen Katzen um verwilderte Haustiere handelt, also nicht um echte Wildkatzen, die einem anderen Schutz unterliegen. Die zu kastrierenden Katzen sind also als durch den Menschen eingeschleppte Prädatoren (Räuber, Beutegreifer, Fressfeind) zu betrachten. So ist eine Reduzierung der wildlebenden Hauskatzen auch zum Schutz der heimischen Fauna nötig. Katzenschutz ist also auch Naturschutz, weswegen eine Beteiligung des Umweltausschusses stattfinden sollte.

Der zusätzliche Arbeitsaufwand einer Katzenschutzverordnung wird vom Rhein-Erft-Kreis mit ungefähr einem Zeitanteil von 10 % einer Vollzeitstelle im gehobenen Dienst angegeben, lediglich im Rahmen der Einführung der Verordnung und der Etablierung der Strukturen war der Aufwand vorübergehend höher. Somit erscheint die beantragte halbe Stelle für Mönchengladbach großzügig bemessen.

Weiter wurde im Rhein-Erft-Kreis bisher weniger als 15.000,- EUR je Jahr für die Kooperation mit den Tierschutzvereinen aufgewendet, dies auch wegen der Teilnahme einiger Vereine am Förderprogramm des Landes zur Kastration von freilebenden verwilderten Hauskatzen. Der beantragte Haushaltsansatz hat also genug Spielraum und Preissteigerung und anstieg der Zahlen abzufangen.

Finanzwirksamkeit:

Kosten einer halben Stelle plus 50.000,- EUR für Tierschutzvereine und Infomaterial.

Kinder- und Familienfreundlichkeit:

Keine besonderen.

Auswirkungen auf Klima und Umwelt:

Siehe Begründung.

Mönchengladbach, den 23.11.2022

gez.

Torben Schultz
Fraktionsvorsitzender

gez.

Erik Jansen
Fraktionsgeschäftsführer